



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 7/17

I. Das Wichtigste zuerst

1. Rot-Rot-Grün verhindern – SPD auf Zickzackkurs

Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Frankreich macht uns optimistisch, dass am 7. Mai 2017 bei der Entscheidung die Vernunft obsiegt und Emmanuel Macron gewählt wird. Wichtig ist, dass den Populisten von links und rechts nicht nur in Frankreich und bei den Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich eine Absage erteilt wird, sondern auch bei uns in Deutschland. Die Haltung der Union in dieser Frage ist glasklar: Wir werden nach der Bundestagswahl keine Koalition mit Populisten eingehen – weder mit linken noch mit rechten. Diese Klarheit fehlt der SPD: Sie arbeitet ganz bewusst für ein Bündnis mit der Linkspartei, wie das Treffen von rot-rot-grünen Bundestagsabgeordneten in dieser Woche eindrucksvoll zeigt. Wir werden den Menschen in den kommenden Monaten bewusst machen, dass es besser ist, mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin in eine Zukunft mit Stabilität und Wohlstand zu gehen als unter Rot-Rot-Grün in ein Desaster mit unwägbarem Ausgang. Auch blockieren SPD, Grüne und Linke im Bundesrat weiterhin die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten, obwohl dies dringend nötig wäre und die SPD selbst im Bundestag dafür gestimmt hat. Die Anerkennungsquoten sind gering, weil die meisten Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Mit der Einstufung würden die Verfahren vereinfacht und beschleunigt, außerdem Rückführungen erleichtert. Zudem wäre dies ein wichtiges Signal an die Herkunftsländer, dass es sich nicht lohnt,

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Diese Woche fand ein Festakt zum 50. Todestag von Konrad Adenauer in Berlin statt. Vor 50 Jahren, am 19. April 1967, starb der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er hat unser Land geprägt wie kaum ein anderer Politiker. Sein politisches Erbe ist aktueller denn je. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm den diesjährigen Jahrestag zum Anlass, an dem auch der Außenminister der Vereinigten Staaten a.D. Henry Kissinger über eine Videoschaltung teilgenommen hat, den Gründungskanzler mit einem Festakt zu würdigen. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte in ihrer Ansprache die herausragende Lebensleistung Adenauers.

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière stellte diese Woche die Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 vor. Dort, wo die Union den Innenminister stellt, lebt es sich sicherer. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, fünfmal so hoch wie in Bayern. Nordrhein-Westfalen hat zudem die schlechteste Aufklärungsquote von allen Flächenländern. In Baden-Württemberg gibt es die wenigsten Straftaten pro 100.000 Bürger. Die Kriminalstatistik 2016 offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, was einen leichten Anstieg um 0,7 % bedeutet.

Besuch gab es diese Woche von Sachgebietsleitern aus 10 Finanzämtern Baden-Württembergs (S. 4). Meinen Bericht über die Dienstreise nach Paraguay lesen Sie auf Seite 3.

Herzliche Grüße

Ihre

nach Deutschland aufzubrechen. Dass die SPD-regierten Länder sich weigern, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben, ist ebenso unbegreiflich wie fatal. Wir brauchen Kapazitäten für diejenigen, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind. Die SPD zeigt sich auch bei der Frage der Videoüberwachung unzuverlässig. Während sie im Bund für weitere Möglichkeiten der Videoüberwachung stimmt, boykottiert sie diese in den Ländern.

2. Sozialwahl 2017 – Aufruf zur Beteiligung



Es ist die drittgrößte Wahl nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Da die gesetzlichen Sozialversicherungen selbstverwaltet sind, haben Versicherte und Rentner ihre eigenen Parlamente. Rund 51 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, ihre Vertreterinnen und Vertreter in diese Parlamente zu wählen. Die Teilnahme an der Sozialwahl ist aus meiner Sicht ein Ausdruck der Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe. Mit ihrer Stimme stärken Beitragszahler und Rentenempfänger nicht nur die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger, sondern verleihen ihren Interessen mehr Gewicht in der Renten- und Krankenversicherung. Ich würde mich sehr freuen, wenn viele Versicherte von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch machen. Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wählerinnen und Wähler erhalten ihre Wahlunterlagen per Post zwischen dem 25. April und dem 11. Mai. Die Frist endet mit dem 31. Mai 2017.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

Armutsprävention und Renteneinheit. In erster Lesung haben wir eine Anhebung der Erwerbsminderungsrenten für all diejenigen beraten, die ab 2018 aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen müssen. Deren Zurechnungszeit wollen wir schrittweise bis 2024 auf das 65. Lebensjahr anheben. Dadurch berechnen sich die Renten von Erwerbsgemindernten so, als ob sie drei Jahre länger als bisher gearbeitet hätten. Entsprechendes soll ebenfalls für Erziehungs- und Hinterbliebenenrenten gelten. Die schrittweise Verlängerung der Zurechnungszeit für Rentenzugänge wollen wir auch in der Alterssicherung der Landwirte einführen.

Mit der Angleichung der Rentenwerte in Ost und West bis zum Jahr 2025 legen wir weiter den Grundstein für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht. In einem für viele Menschen wichtigen Bereich tragen wir so zur Rechtseinheit und damit zu inneren Einheit unseres Landes bei.

III. Sonstiges

1. Gespräch mit Delegation der Griechisch-Deutschen Freundschaftsgruppe zur Arbeitsmarktlage in Griechenland

Den Vorsitzenden des griechischen Sozialausschusses Nastos Athanasiou hatte ich schon in Malta getroffen, wo er mir das Leid über die harten Auflagen klagte, die mit den europäischen Rettungspaketen für Griechenland verbunden sind. Nun hat das Syriza-Mitglied mit einer größeren Delegation Deutschland besucht und forderte in den Gesprächen, die ich für den Ausschuss für Arbeit und Soziales geleitet habe, einen fairen Kompromiss und ein Ende

der Gängelei Griechenlands. Ganz anders die Haltung seines Kollegen Christos Staikouras



von der Partei Nea Demokratia, die am ehesten mit der CDU zu vergleichen ist. Er bestätigte, dass ohne die Hilfe Deutschlands Griechenland in einer sehr viel schlimmeren Verfassung wäre. „Sie haben uns sehr geholfen“, waren seine Worte. Er sieht seit 2014 einen Aufschwung und wirtschaftliches Wachstum, auch dank privater Investitionen. Damit könne das Land, wie andere Länder zuvor, langsam aus der Krise herauskommen und wieder Vertrauen aufbauen.

(Bild von links: Christos Staikouras, stellv. Vorsitzender der Griechisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, Gabriele Schmidt MdB, Nasos Athanasiou, Vorsitzender der Griechisch-Deutschen Freundschaftsgruppe und Bernd Rützel MdB).

2. Dienstreise nach Paraguay

Vom 30. März bis 04. April durfte ich meinen Landesgruppenkollegen und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesentwicklungsministerium (BMZ) Hans-Joachim Fuchtel MdB (Calw) nach Paraguay begleiten. Im Rahmen eines bilateralen Besuchsprogramms führten Hans-Joachim Fuchtel und ich hochrangige Gespräche mit Staatspräsident Cartes, Außenminister Loizaga, Planungsminister Molinas, Finanzminister Pena und Arbeitsminister Sosa. Die Regierung Paraguays signalisierte großes Interesse am weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen und schätzte die entwicklungspolitischen Beiträge Deutschlands wert. Der Parlamentarische Staatssekretär warb bei allen Gesprächspartnern um eine Unterstützung der mit Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) gestarteten Initiative, Berufsbildung stärker in IDB-Projekten zu integrieren. Das Programm umfasste zudem Gespräche bei staatlichen und nichtstaatlichen Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit im Schwerpunkt ländliche Entwicklung sowie in Berufsschulen für duale Berufsausbildung, mit der deutsch-paraguayischen Fachhochschule UPA, bei einer Augenklinik sowie mit deutschen und paraguayischen Unternehmen. Auch bei den verschiedenen Projektgesprächen wurde durch Bevölkerung und örtliche Projektpartner vielfältig eine hohe Wertschätzung für die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zum Ausdruck gebracht.



Parlamentarischer Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel MdB (am Tisch Mitte) und der Präsident der IDB Luis Alberto Moreno (am Tisch rechts) besiegeln eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.



Auf dem Bild sind u.a. Teilnehmer für duale Ausbildung, die Direktorin der Berufsschule in Villeta und Vertreter der Deutschen Botschaft zu sehen.



Arbeitsminister Cirilo Guillermo Sosa Flores, Gabriele Schmidt MdB



Besuch in einem privaten spendenfinanzierten Kindergarten für Kinder aus den Armenvierteln von Asuncion

3. Sachgebietsleiterinnen und -leiter aus 10 Finanzämtern Baden-Württembergs auf politischer Informationsfahrt durch Berlin



Sachgebietsleiterinnen und -leiter u.a. aus Waldshut-Tiengen, Lörrach, Tuttlingen und Ulm reisten in die Hauptstadt, um mit den Bundestagsabgeordneten, insbesondere zu den finanzpolitischen Fragen, ins Gespräch zu kommen. Auf dem Reiseprogramm standen weiter ein Besuch einer Plenardebatte, eine Reichstagsführung sowie ein Gespräch mit meiner Kollegin und Mitglied im Finanzausschuss Margaret Horb

MdB. Kollegen Armin Schuster MdB aus Lörrach (zweite Reihe rechts) und Josef Rief MdB aus Biberach (hintere Reihe rechts) kamen ebenfalls dazu.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



**Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de
Ich freue mich auf Sie!**

2. Meine Termine der nächsten Tage (Auswahl):

- | | |
|-------------------|--|
| 29. April: | <ul style="list-style-type: none">• Kampagnenkonferenz Bundestagswahl, Bonndorf |
| 04. Mai: | <ul style="list-style-type: none">• Spendenübergabe Herzklopfen, Bärental• CDU-Kreisvorstandssitzung Waldshut |
| 08. Mai: | <ul style="list-style-type: none">• Eröffnung der Jahrestagung der GeschäftsführerInnen und LeiterInnen der Naturparke, Lenzkirch |
| 09. Mai: | <ul style="list-style-type: none">• Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Realschule Stühlingen• CDA-Bezirksvorstandssitzung, Villingen-Schwenningen |